



Sehr geehrte Damen und Herren,

in diesem Jahr steht eine richtungsweisende Wahl für die Berlinerinnen und Berliner an. Die Bundestagswahl im Herbst entscheidet darüber, welchen Kurs Deutschland in den kommenden vier Jahren einschlagen wird. Was ein Linksbündnis für dieses Land bedeutet, können wir anhand des desaströsen Starts der rot-rot-grünen Koalition in Berlin erahnen. Ideologie, Umerziehung und Bevormundung als Handlungsmaxime bringen Berlin keinen Schritt weiter und sie werden auch Deutschland nicht weiter bringen. Deshalb gilt es bis zum 24. September engagiert dafür zu kämpfen, dass der erfolgreiche und besonnene Kurs unter Bundeskanzlerin Angela Merkel auch die kommenden vier Jahre das Regierungshandeln bestimmen wird. Dafür haben wir in Berlin einen ersten Grundstein gelegt. Unser Wahlkreisabgeordneter Jan-Marco Luczak gehört mit Monika Grütters und Kai Wegner zum Berliner Spitzentrio für die kommende Wahl. Wir werden in den nächsten Wochen und Monaten beherzt um jede Stimme kämpfen. Für ein starkes Deutschland ein starkes Berlin und eine starke CDU!

Wir freuen uns über Ihre Unterstützung!

Herzliche Grüße

Ihr Florian Graf, MDA  
Kreisvorsitzender  
CDU Tempelhof-Schöneberg



## Dr. Jan-Marco Luczak

### Teil des Spitzentrios der Berliner CDU

Mit viel Rückenwind geht Jan-Marco Luczak in die Bundestagswahl. Der Bundestagsabgeordnete aus Tempelhof-Schöneberg wurde mit sehr gutem Ergebnis auf Platz 3 der Landesliste gewählt. Damit führt er die Berliner CDU mit Kulturstaatsministerin Monika Grütters und Kai Wegner als Teil des Spitzentrios in den Bundestagswahlkampf.

Luczak wurde bereits zweimal direkt in den Deutschen Bundestag gewählt. Nun will er seinen Wahlkreis erfolgreich verteidigen und zum dritten Mal gegen seine Konkurrentin von den Grünen direkt für die CDU gewinnen. Sein Ziel sei klar, „Ich will das Triple gegen

Renate Künast schaffen!“

Luczak zeigt sich kämpferisch: „Unter Führung der CDU hat sich Deutschland hervorragend entwickelt und steht im europäischen Vergleich sehr gut da: Die Zahl der Beschäftigten ist auf Rekordniveau, die Einkommen und Renten steigen wie seit langer Zeit nicht mehr, im Interesse der jungen Generation machen wir keine neuen Schulden. Das alles darf nicht durch ein Linksbündnis aufs Spiel gesetzt werden!“ Deutschland müsse unter der Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel weiter ein starker und

verlässlicher Partner in Europa und der Welt sein.

Neben der großen Politik kümmert sich Luczak mit Leidenschaft um die Belange der Menschen in seinem Wahlkreis Tempelhof-Schöneberg. Ihre Anliegen nimmt er ernst und gibt ihnen im Ausschuss für Recht und



„Ich will das Triple gegen Renate Künast schaffen!“

Verbraucherschutz des Bundestages eine starke Stimme.

Wichtig ist ihm bei

seiner parlamentarischen Arbeit, sich am Leben der Menschen im Bezirk zu orientieren. Deshalb macht er sich für bezahlbare Mieten und gesellschaftliche Vielfalt und Toleranz stark und setzt sich für viele lokale Themen wie den Erhalt des Gemeinschaftshauses Lichtenrade, die Wohnungslosentagesstätte in Schöneberg oder Straßensanierungen ein.

Erfahren Sie mehr über Ihren Bundestagsabgeordneten und was ihm am Herzen liegt auf den folgenden Seiten. ■

**connect17**  
DIE UNTERSTÜTZER

Der neue Kampagnenservice von  
CDU und JU

Jetzt anmelden:  
[www.connect17.de](http://www.connect17.de)

## Politisch engagiert...

Die Heimat von Jan-Marco Luczak ist Tempelhof-Schöneberg. Hier ist er aufgewachsen, hier lebt er und ist tief verwurzelt. Seit fast 20 Jahren engagiert er sich politisch für seinen Bezirk. Er ist Vorsitzender der CDU Lichtenrade und stellvertretender Vorsitzender der CDU Tempelhof-Schöneberg.

Seit 2009 ist Luczak Mitglied des Deutschen Bundestages. Er wurde in Tempelhof-Schöneberg direkt gewählt. Das Vertrauen der Menschen in seinem Wahlkreis ist ihm eine besondere Verpflichtung – an ihrer Lebenswirklichkeit orientiert er sich bei seiner Politik. Deswegen kämpft er zum Beispiel für bezahlbare Mieten und eine offene und tolerante Gesellschaft.

Im Deutschen Bundestag ist Luczak Mitglied im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz – hier bringt er seine beruflichen Erfahrungen als Rechtsanwalt ein. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat ihn zu ihrem stellvertretenden rechtspolitischen Sprecher sowie in den Fraktionsvorstand gewählt. In diesen Funktionen gestaltet Luczak die Rechtspolitik der Union maßgeblich mit. Als überzeugter Europäer ist er außerdem Mitglied im Unterausschuss Europarecht.

Auf Vorschlag der Bundesregierung wurde Luczak in den Hörfunkrat des Deutschlandradios entsandt. Vom Deutschen Bundestag wurde er zudem in das Kuratorium der Magnus-Hirschfeld-Stiftung gewählt.



## Persönlich unabhängig...

Jan-Marco Luczak wurde 1975 in Berlin geboren. Nach dem Abitur am Ulrich-von-Hutten-Gymnasium in Lichtenrade und dem Wehrdienst im Jägerbataillon in Kladow studierte er Rechtswissenschaften an der Freien Universität Berlin.

Als Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung wurde er vom ehemaligen Verteidigungsminister und Tempelhofer Bundestagsabgeordneten Prof. Rupert Scholz in München an der Ludwig-Maximilians-Universität im Europäischen Wirtschaftsverfassungsrecht zum Dr. iur. promoviert.

Jan-Marco Luczak ist als Rechtsanwalt in der renommierten Wirtschaftskanzlei Hengeler Mueller in Berlin. Dieses berufliche Standbein neben dem Mandat ist ihm wichtig – es gibt ihm die notwendige Freiheit im Denken und Handeln und macht ihn unabhängig von der Politik.



## Mit klaren Positionen...

Für Luczak ist Rechtspolitik immer auch Gesellschaftspolitik, weil viele Entscheidungen ganz unmittelbare Auswirkungen auf das Leben der Menschen haben. Damit geht eine besondere Verantwortung einher, derer sich Luczak bei seiner Arbeit im Rechtsausschuss sehr bewusst ist.

Als Mietrechtsexperte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion drängt er darauf, die soziale Ausgewogenheit des Mietrechts zu wahren und hat die sogenannte Mietpreisbremse mitgestaltet. Seit Langem setzt er sich zudem dafür ein, den Erwerb von Wohneigentum insbesondere für junge Familien zu erleichtern.

Für viele weitere Themen ist Luczak im Rechtsausschuss zuständig. So hat er etwa zum Wohle der Patienten die Korruption im Gesundheitswesen unter Strafe gestellt oder durch die Erleichterung der Einziehung illegaler Vermögenswerte kriminellen Machenschaften den Anreiz genommen. Außerdem hat er sich für mehr Respekt und Schutz von Polizisten und Rettungskräften eingesetzt.

Ihm ist wichtig, dass alle Menschen, Jung und Alt, Mann und Frau, sicher leben können. Deswegen macht er sich stark für einen besseren Schutz vor Wohnungseinbrüchen, Videoüberwachung und effektivere Maßnahmen gegen extremistische Gewalttäter. Luczak gilt als moderner Konservativer: Er tritt für gesellschaftliche Toleranz, Vielfalt und die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare ein.



## Politik ist nicht alles...

Bei einem vollen Terminkalender und Sitzungen oft bis spät in die Nacht ist es wichtig, einen Ausgleich zu haben. Privat fährt Jan-Marco Luczak daher leidenschaftlich gern Motorrad, genießt ein gutes Essen im Kreise seiner Familie und Freunde oder ist sportlich unterwegs. Im Urlaub geht er gern Tauchen, fährt zum Kitesurfen an die Ostsee oder zum Snowboarden in die Berge. Das alles gibt ihm die notwendige Kraft, berufliche und politische Herausforderungen zu meistern.





## 100 Tage Rot-Rot-Grün

### Bilanz eines Fehlstarts trotz selbstgenehmigter Verlängerung

Vom 8. Dezember bis zum Bilanztag war die Linkskoalition 132 Tage im Amt. Der Senat hatte sich also selbst 32 Tage mehr genehmigt, nur um sein Programm doch nicht zu erfüllen. Eine Anekdote die sinnbildlich für die Arbeitsweise der rot-rot-grünen Regierungskoalition ist. Rot-Rot-Grün verfügt über ein treffsicheres Gespür an den Bedürfnissen der Menschen vorbei zu regieren.

Noch im Herbst ging man voller Tatendrang und guter Vorsätze aus den Koalitionsgesprächen. In einem 177 Seiten langen Koalitionsvertrag formulierte man den Anspruch vom „Aufbruch“ und dem „guten Regieren“. Wörter die heute wie blanker Hohn klingen. Auch als Modellprojekt für die Bundestagswahl wollte man dienen. Ein weiterer Anspruch bei dem selbst der Regierende Bürgermeister heute kleinlaut wird.

Bereits der Start war turbulent. Schon nach wenigen Tagen stand die Linkskoalition aufgrund eines Staatssekretärs mit Stasivergangenheit und besten Kontakten in die Hausbesetzerszene vor dem frühzeitigen Ende. Die Schuld dafür trug vor allem der Regierende Bürgermeister Müller, der sich vor allem durch eine unerträgliche Führungsschwäche auszeichnet. Eine Eigenschaft die er unter anderem bei den Personalrochaden an Deutschlands Pannenflughafen BER oder bei seiner koalitionsinternen Niederlage im Streit um die Ausweitung der Videoüberwachung nach dem Terroranschlag unter Beweis stellte. Inhaltlich zeigte die Linkskoalition bereits deutlich was Geistes Kind sie ist. Bei ihr gilt „Ideologie vor Sicherheit“. Anstatt endlich mehr

Florian Graf, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus



Videoüberwachung im öffentlichen



„Berlin ist wegen dieser Koalition innerhalb kürzester Zeit zur bundesweiten Lachnummer geworden“

Raum einzuführen, lehnt sie diese ab, weil sie von Teilen des Senats als „Propaganda“ angesehen wird. Rot-Rot-Grün handelt nach der Maxime „Klientelinteresse vor Gemeinwohl“. So lockern sie den bisherigen Kurs in der Drogenpolitik indem sie Cannabis zu Genusszwecken legalisieren wollen und die Nulltoleranzpolitik am Görlitzer Park aufkündigen. Und sie zeigen, dass ihnen „Umerziehung und Bevormundung vor Individualität und Freiheit“ gehen. Dies sieht man am deutlichsten in der Verkehrspolitik. Mit der Einrichtung von flächendeckender Parkraumbewirtschaftung, blauen Plaketten und Tempo 30 auf

Hauptstraßen wird der Fahrradfahrer gefördert und dem Autofahrer der Kampf angesagt.

Vom eigenen Anspruch des „guten Regierens“ meilenweit entfernt konzentriert man sich bei Rot-Rot-Grün hauptsächlich auf die eigene Klientel. Berlin ist wegen dieser Koalition innerhalb kürzester Zeit zur bundesweiten Lachnummer geworden. Holzhüttenförderung, Essbare Stadt, Fair-Trade-Town und Unisex-Toiletten haben in Zeiten von Terrorbedrohung, Bildungsmisere und Verkehrschaos Priorität. Eine politische Bankrotterklärung auf ganzer Linie und verschenkte Tage für Berlin.

Dass es auch anders geht, haben wir gezeigt. Mit mehr als 110 Anträgen haben wir als CDU-Fraktion nicht nur quantitativ sondern auch qualitativ die Messlatte für die Parlamentsarbeit hoch angesetzt. Damit hat die CDU in etwa so viele Anträge gestellt wie die übrigen Fraktionen zusammen. Wir nehmen die Rolle als Oppositionsführer an und bilden ein Gegenmodell zur Ideologie, Klientelpolitik und Umerziehung der Linkskoalition.

Für uns steht in erster Linie die Sicherheit der Berlinerinnen und Berliner im Fokus. Darüber hinaus muss Berlin endlich aus dem Keller der Bildungsrepublik kommen und natürlich dürfen wir den mühsam erkämpften Wirtschaftsaufschwung nicht durch linkspolitische Phantastereien gefährden. Diese Punkte werden unser politisches Handeln auch in der Opposition leiten. Wir sind die Stimme der Vernunft im rot-rot-grünen Märchenland. Wer nach Berlin noch von Rot-Rot-Grün träumt, dem ist nicht mehr zu helfen.

## Ideologische Handschrift

### Was Berlins Schulen unter Rot-Rot-Grün erwartet

Sinkendes Leistungsniveau, Schulschwänzertum, hohe Schulabgängerquote ohne Schulabschluss, Unterrichtsausfall, Fachkräftemangel, permanent letzter Platz in Leistungsvergleichen: Die in der letzten Legislatur schon ideen- und erfolglose Senatorin Scheeres hat die wichtigsten Probleme auch fünf Monate nach Regierungsantritt noch gar nicht als solche erkannt! Folglich benennt Rot-Rot-Grün auch keine (neuen) Lösungen, obwohl Bildung im Koalitionsvertrag an erster Stelle steht.

Kein Wort hören wir dazu, wie die beiden tragenden „Säulen“ des zweigliedrigen Schulsystems, die Integrierte Sekundarschule und das Gymnasium, weiterentwickelt werden müssen, um sich den vielen neuen Herausforderun-

gen zu stellen. Stattdessen liest man lange Passagen zur Inklusion – obwohl weitestgehend der Ansatz der letzten Legislatur übernommen wurde – sowie zur Gemeinschaftsschule, deren Konzept und Nutzen umstritten ist. Die ideologische Handschrift ist deutlich: Neubauten sollen hauptsächlich für Gemeinschaftsschulen errichtet werden, Förderschulen werden im Koalitionsvertrag gar nicht mehr erwähnt, obwohl der Elternwille angeblich gelten soll. Schließlich sollen jahrgangsübergreifende Klassen eine bessere Lehrerausstattung als Klassen mit gleichaltrigen Kindern bekommen und die Gymnasiallehrausbildung zugunsten eines „Einheitslehrers“ abgeschafft werden.

Traurig ist, dass der rot-rot-grünen Ko-

alition zum Hauptthema „Qualität“ nur einfällt, hierzu eine „Strategie“ entwickeln zu wollen. Als CDU haben wir uns im Wahlkampf klar dafür ausgesprochen, Lehrer mit Stipendien und einer Verbeamtung an Berlin zu binden. Wir möchten, dass für die Berliner Schulen klare Bildungs- und Leistungsziele formuliert werden. Das kostet nicht einmal Geld, sondern lediglich Mut. Geld für mehr Personal und straffere Verfahren benötigt man hingegen für die jahrelang verschleppte Sanierung und den Neubau von Schulen.

Für uns sind die Herausforderungen klar – die Konzepte dafür liegen bereits vor. Daher werden wir SPD-Senatorin Scheeres auch weiterhin mit guten Vorschlägen in der öffentlichen Debatte unter Druck setzen! ■

*Hildegard Bentele, Schulpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin*

## Masern erfolgreich bekämpfen

### CDU will Impfpflicht für Kitakinder einführen

Trotz Warnungen vor den Gefahren, kommt es in Berlin immer wieder zu zahlreichen Masernerkrankungen – leider sogar mit steigender Tendenz. Die Ursache dafür sind unter anderem Impfverweigerung und Fernreisen.

Das ist gefährlich, da Masern hochgradig ansteckend sind. Nach etwa zehn Tage kommt es zu Fieber, Husten, Schnupfen und dem bekannten Ausschlag. Nur Geimpfte oder Säuglinge sind in der Regel geschützt. Am häufigsten erkranken zwei- bis fünfjährige Kinder. Je jünger das Kind ist, umso größer ist seine Gefährdung. Die CDU meint: Eine solche Gefährdung unserer Kinder darf nicht hingenommen werden!

*Roman Simon, Jugend und Familienpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus*

Zurzeit gibt es keine generelle Impfpflicht und die Rechtsprechung des Verfassungsgerichts steht der Einführung einer allgemeinen Impfpflicht, wie es sie zum Beispiel in der DDR gab und wodurch die Masern fast ausgerottet wurden, entgegen. Das macht die Lösungsfindung nicht einfacher. Trotzdem muss die Politik das Problem angehen! Möglichkeiten für eine Lösung zeigt ein aktueller Antrag der Berliner CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus auf. Darin wird der Senat unter anderem aufgefordert, eine Initiative zur Einführung einer Impfpflicht als Voraussetzung für die Vergabe von Kitaplätzen in den Bundesrat einzubringen. Da ein solches

Verfahren Zeit in Anspruch nehmen wird, soll kurzfristig eine umfassende Informationskampagne des Landes Berlin, die über die Risiken einer Masernerkrankung aufklärt, gestartet werden.

Darüber hat die CDU-Fraktion die Berliner Kitas informiert und um Unterstützung gebeten. Wenn Eltern ihre Kitaleitung auf die Initiative ansprechen, kann Rot-Rot-Grün die Vorschläge der CDU nicht weiter ignorieren, sondern muss die Vorschläge ernsthaft prüfen und geeignete Maßnahmen auf den Weg bringen. Die Gesundheit unserer Kinder muss Vorrang vor der Bequemlichkeit von Rot-Rot-Grün haben! ■



## Retter dürfen nicht zu Opfern werden!

### Polizisten und Rettungskräfte werden besser geschützt

Wer Polizisten, Feuerwehrleute oder Rettungssanitäter angreift, wird künftig härter bestraft. Im Strafgesetzbuch werden dazu in Paragraf 114 und 115 zwei neue Tatbestände eingeführt: Der tätliche Angriff auf Vollstreckungsbeamte und auf gleichstehende Personen wie Feuerwehrleute. Das Strafmaß wird erhöht und umfasst künftig drei Monate bis fünf Jahre Freiheitsstrafe. Die Union hatte dies lange gefordert – nun endlich hat der Bundestag eine entsprechende Gesetzesänderung verabschiedet.

Jan-Marco Luczak hatte sich als

[www.luczak-berlin.de](http://www.luczak-berlin.de)

stellvertretender rechtspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Rechtsausschuss immer wieder für eine entsprechende Gesetzesänderung stark gemacht: „Übergriffe auf Polizisten, Rettungssanitäter und Feuerwehrleute nehmen leider zu. Das dürfen wir nicht einfach hinnehmen - deswegen ist die Gesetzesverschärfung ein wichtiges Signal der Stärke unseres Rechtsstaates. Retter in der Not dürfen nicht zu Opfern werden, sondern sie verdienen den Respekt und den Schutz der Gesellschaft. Ein Angriff etwa auf Polizisten ist ein immer auch ein Angriff

auf den Rechtsstaat und auf uns alle, deshalb muss er konsequent verfolgt und geahndet werden“, so Luczak. Leider gibt es besonders in Berlin immer wieder tätliche Übergriffe auf Polizei und Feuerwehr. Luczak fordert daher: „Diese feigen Attacken müssen wir nicht nur härter bestrafen, sondern auch gesellschaftlich verurteilen. Dazu gehört, dass wir unseren Polizisten und Feuerwehrleuten auch in schwierigen Einsätzen den Rücken stärken und nicht sofort misstrauisch Zweifel am Einsatz verbreiten, wie dies etwa die Grünen gern tun. Täter und Opfer dürfen nicht vertauscht werden.“



## Liebesgrüße aus Moskau

### Nachrichtendienste zwischen politischer Aufsicht und geheimer Aufklärung

So lautete das Motto des Streitgesprächs zwischen Dr. Jan-Marco Luczak (CDU) und seiner Kollegin Renate Künast (Bündnis 90/Die Grünen). Die beiden Politiker sind Konkurrenten im Wahlkreis Tempelhof-Schöneberg, in dem zuletzt zweimal in Folge Luczak direkt gewählt wurde. Beide kennen sich gut aus dem Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz des Deutschen Bundestages.

Rund 180 interessierte Besucher folgten der Einladung ins Rathaus Schöneberg. Der Anschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz hat gezeigt, dass der internationale Terrorismus auch Deutschland im Visier hat. In der

[www.luczak-berlin.de](http://www.luczak-berlin.de)

Diskussion wurde deutlich, dass viele Bürger sich angesichts dieser Bedrohung um ihre Sicherheit sorgen. Andere wiederum fürchten mehr Überwachung und eine Einschränkung ihrer Bürgerrechte. Einig waren sich Künast und Luczak darin, dass Nachrichtendienste notwendig sind. „Wir leben in einer Welt, in der wir nicht nur Freunde um uns haben. Unsere offene Gesellschaft ist verletzlich, deshalb brauchen wir Erkenntnisse über Gefahren und Gefährder“, sagte Luczak. Er sprach sich zudem dafür aus, Nachrichtendiensten und Sicherheitsbehörden mehr Befugnisse zur Terrorbekämpfung zu

geben: „Geheimdienste sind Dienstleister und schützen unsere Freiheit!“ Auch Künast betonte, dass es ganz ohne nachrichtendienstliche Mittel nicht gehe: „Aber ich will viel enger kontrollieren, was die tun“, so Künast mit Blick auf das Abhören von EU-Partnern durch den BND. Auch Luczak war nicht gegen eine bessere Kontrolle der Geheimdienste, warnte aber vor grundsätzlichem Misstrauen gegenüber den Diensten: „Sie schützen unsere Freiheit, in dem sie unsere Sicherheit gewährleisten. Aber klar ist auch: Wenn Dinge schief laufen, müssen daraus Konsequenzen gezogen werden.“



## Unrecht korrigieren

# Rehabilitierung verurteilter Homosexueller endlich auf der Zielgeraden

Fast 70.000 Männer wurden nach 1945 in Ost und West nach Paragraph 175 des Strafgesetzbuches wegen homosexueller Handlungen verurteilt. Diese Männer müssen nicht nur bis heute mit dem Makel der Verurteilung leben – auch Karrieren, Familien und Lebensentwürfe wurden zerstört. „Der Paragraph hat viel Leid verursacht, das wir heute nicht mehr lindern können. Aber wir können deutlich machen, dass die Verurteilungen aus heutiger Sicht ein klarer Verstoß

[www.luczak-berlin.de](http://www.luczak-berlin.de)

gegen die Menschenwürde sind, diese aufheben und die Betroffenen endlich rehabilitieren.“, so Jan-Marco Luczak.

Das Gesetz sei ein gesellschaftspolitischer Durchbruch, der längst überfällig war, so Luczak. „Die Rehabilitierung ist ein wichtiger symbolischer Akt, um den Verurteilten späte Gerechtigkeit zuteilwerden zu lassen. Mit der Aufhebung der Urteile wird der strafrechtliche Makel, der nach wie vor auf den

Betroffenen lastet, endlich getilgt. Darin zeigt sich die Stärke unseres Rechtsstaats: Er kann Fehler der Vergangenheit erkennen und sich um Wiedergutmachung bemühen“, so Luczak weiter.

Als Bundestagsabgeordneter von Tempelhof-Schöneberg hat Jan-Marco Luczak lange für die Rehabilitierung der Betroffenen gekämpft. Viele sind inzwischen in einem hohen Alter – deshalb drängt er auf eine schnelle Umsetzung. ■

••••• Anzeige •••••



**Haus & Grund**<sup>®</sup>  
Eigentum. Schutz. Gemeinschaft.



# Der Staat muss seine Bürger schützen

Die hohen Investitionen in Sicherungsmaßnahmen durch viele Hauseigentümer zeigen erste Erfolge: Die Zahl der Wohnungseinbrüche ist im vergangenen Jahr seit neun Jahren erstmals wieder gesunken.

Aber die Zahlen bleiben nach dem „Rekordjahr“ 2015 weiter auf einem hohen Niveau. Viele Hauseigentümer und Mieter sind weiter verunsichert und fühlen sich in ihren eigenen vier Wänden nicht mehr sicher.

Gefahren für die öffentliche Sicherheit abzuwehren und das Gewaltmonopol des Staates durchzusetzen, bleibt Aufgabe der Polizei. Bund und Länder müssen dafür Sorge tragen, dass die Polizei personell wie finanziell besser

in der Lage ist, die Menschen und ihr Eigentum zu schützen. Die Polizei muss vernünftig ausgerüstet sein, was insbesondere im Kampf gegen die organisierte Kriminalität, die für immer mehr Einbruchdiebstähle verantwortlich ist, entscheidend ist.

Ergänzend zu den umfassenden Maßnahmen der Polizei muss die individuelle Sicherheitsvorsorge in der Bevölkerung stärker gefördert werden. Die steigenden Investitionen in den Einbruchschutz in den vergangenen Jahren belegen, dass Sicherheitstechnik wirkt und Einbrecher abschreckt. Die Statistik zeigt, dass dank verbesserter Sicherungsmaßnahmen jeder dritte

Einbruchversuch misslingt oder abgebrochen wird. Investitionen in Sicherheitstechnik zahlen sich somit aus und sollten nachhaltig gefördert werden.

Die Menschen müssen sich in den eigenen Wänden wieder sicher fühlen. Das kann nur mit einem Dreiklang aus staatlicher Förderung privater Sicherungsmaßnahmen zusammen mit einer personell und materiell gut ausgestatteten Polizei sowie einer schnell und effektiv arbeitenden Justiz gelingen.

Dr. Kai H. Warnecke  
Präsident von Haus & Grund Deutschland

# Parken vor dem Rathaus Schöneberg? ja, nein, vielleicht...

## Grüne Stadträtin weiß nicht was sie will

Die Grüne Stadträtin Heiß hat die Schuldigen dafür ausgemacht, weshalb der Wochenmarkt am Rathaus Schöneberg nicht gut läuft – es sind dem grünen Mainstream folgend „natürlich“ die Autofahrer. Daher schrieb sie eine Pressemitteilung und verkündete, dass an Markttagen, also dienstags und freitags, künftig nicht mehr auf dem John-F.-Kennedy-Platz geparkt werden dürfe. Die CDU-Fraktion war über diesen Vorstoß verärgert und erinnerte die Stadträtin an einen vor drei Jahren von ihr selbst mitgetragenen BVV-Beschluss.

von Christian Zander, Vorsitzender des Ausschusses für Facility Management der BVV Tempelhof-Schöneberg

Damals war sie noch Bezirksverordnete und unterstützte den Vorstoß, dass an Markttagen lediglich die tatsächlich für den Markt benötigte Fläche abgesperrt werden soll. Diesen Hinweis griff die Berliner Morgenpost auf und auf Nachfrage der CDU-Fraktion verkündete die Stadträtin in der Bezirksverordnetenversammlung, dass alles nicht so gemeint gewesen sei. Was sie mit ihrer Pressemitteilung beabsichtigte, das konnte die sie jedoch nicht erklären und ließ Bezirksverordnete wie Gäste ratlos zurück.

Gerade ältere oder in ihrer Beweglichkeit eingeschränkte Personen sind darauf angewiesen, ganz in der Nähe von Ämtern und Behörden einen Parkplatz zu finden - ihnen will die CDU-Fraktion mit der Einrichtung von Kurzzeitparkplätzen einen Besuch des Bürgeramts im Rathaus Schöneberg erleichtern. Für einen attraktiven Markt bleibt trotzdem genügend Platz.



## Langjährige CDU-Forderung erfüllt

## Bezirksverordnete stimmen für Anschaffung eines neuen Bücherbusses

Die Fahrbibliothek Tempelhof-Schöneberg steuert insbesondere die Grundschulen im Süden des Bezirks an und leistet damit einen wichtigen Beitrag, Kindern das Lesen nahezubringen. Auch die Menschen in der Umgebung der Standorte wissen den Bücherbus zu schätzen, da er neben einer Auswahl gut sortierter Literatur auch Formulare und Informationsblätter zu ihnen in den Kiez bringt.

Zum Verdruss vieler Bibliotheksnutzer von Matthias Steuckardt, Vorsitzender der CDU-Fraktion Tempelhof-Schöneberg

fiel der Bus aufgrund notwendiger Reparaturen in den vergangenen Jahren häufiger aus und Ersatzteile mussten zum Teil in einer aufwändigen Suche in ganz Europa beschafft werden. Seit 2015 durfte das Gefährt aufgrund seines Alters nicht mehr in die Umweltzone fahren, wodurch nur noch Standorte außerhalb des S-Bahn-Rings angesteuert werden konnten. Gern senden wir Ihnen bei Interesse eine aktuelle Übersicht der Haltepunkte.

Die CDU-Fraktion in der BVV-Tempelhof-Schöneberg hat die Notwendigkeit einer Neuanschaffung bereits seit Jahren erkannt und diese permanent und mit Nachdruck eingefordert. Daher ist die Freude über den von den Bezirksverordneten im April beschlossenen gemeinsamen Antrag von CDU, SPD und Grünen groß. Warum AfD- und FDP-Fraktion allerdings nicht für einen neuen Bücherbus stimmten wurde nicht erläutert.

**Impressum:**  
 CDU Tempelhof-Schöneberg  
 Kolonnenstraße 4 • 10827 Berlin  
 Telefon: 751 33 88 • Telefax: 752 22 74  
 info@cdu-ts.de • www.cdu-ts.de

V.i.S.d.P.: Florian Graf  
 Redaktion: Matthias Steuckardt  
 Gestaltung: André Laurman-Urbanski  
 Auflage: 50000

**Fotos:** Seite 1 Grußwort: © Graf, Titel © MST, Beitrag: © Dirk Reitze; Seite 2: © Tobias Koch; Seite 3 oben: © MST, unten: © privat; Seite 4: © Graf; Seite 5 oben: © CDU/Christiane Lang, unten li.: © Tobias Koch, unten re.: © Mediteraneo\_Fotolia.com; Seite 6 oben li.: © Chaparon, oben re.: Tobias Koch, unten: © MST; Seite 7 oben © MST, unten © ALU; Seite 8 oben u. Kreis: Christian Zander, unten © MST; Seite 9 oben: © MST, unten: © Albert Weingartner, Kreis: © Patrick Liesener; Seite 11 oben © Tobias Koch, unten © Wollenschlaeger

# Tunnellösung für die Dresdner Bahn

**Lippenbekenntnisse reichen nicht, klares Bekenntnis vom Senat gefordert!**

Den Menschen in Lichtenrade stehen in den nächsten Jahren große Veränderungen und Belastungen durch eine Verlagerung des Verkehrs bevor. Mehr Fluglärm und mehr Autos auf der B96 durch den Flughafen BER, die Umgestaltung der Bahnhofstrasse, vor allem aber möglicherweise die Fernbahn, die durch meterhohe Schallschutzwände den Ortsteil in zwei Hälften schneiden könnte, um ungehindert durch Lichtenrade zu donnern.

Stets unterstützt von der CDU kämpft die Bürgerinitiative Dresdner Bahn e. V. bereits seit 18 Jahren dafür, die „Dresdner Bahn“ in Lichtenrade in einem Tunnel zu führen. Damit würden die Zerteilung Lichtenrades und weitere Belastungen der Anwohner durch Lärm, Erschütterungen sowie den

*von Hildegard Bentele, für Lichtenrade im Berliner Abgeordnetenhaus*

Mit Bussen werden zahlreiche Betroffene am 14. Juni nach Leipzig fahren, um die Bedeutung des Prozesses für Sie zu unterstreichen. Sollten Sie mitfahren wollen, dann finden Sie auf [www.dresdner-bahn.de](http://www.dresdner-bahn.de) alle erforderlichen Informationen.

Umgehungsverkehr verhindert. Auch die Einzelhändler in der Bahnhofstraße, die sich durch die jahrelange Bauzeit in Ihrer Existenz bedroht sehen, könnten aufatmen und die Bahnhofstraße zu einer attraktiven Einkaufsstraße umgestaltet werden. Das wäre bei einer ebenerdigen Lösung und der dafür erforderlichen Unterführung sowie dem steigenden Verkehrsaufkommen nur bedingt möglich.

Daher hoffen die Menschen in Lichtenrade auf einen Erfolg der Klage der Bürgerinitiative gegen das

Planfeststellungsverfahren, über die das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig ab dem 14. Juni entscheiden wird.

Neben der rechtlichen gibt es aber immer auch eine politische Dimension. Hier werden wir die SPD, die in den entscheidenden Momenten nur Lippenbekenntnisse, oder wie Senator Geisel sogar Kontraproduktives, von sich gegeben hat, nicht aus der Pflicht lassen: Wir fordern im Abgeordnetenhaus von der rot-rot-grünen Koalition ein deutliches Bekenntnis zur Tunnellösung und vor allem eine Garantie für die Übernahme der Mehrkosten. Wenn es überhaupt noch eine Chance für die Tunnellösung gibt, dann nur mit einem deutlichen Bekenntnis des Regierenden Bürgermeisters, der selbst aus Tempelhof stammt (!) und seines Senats. ■

# Gemeinschaftshaus soll wieder attraktiver werden

**Bezirksverordnetenversammlung beschließt CDU-Antrag einstimmig**

Es ist noch nicht lange her, als Bezirksbürgermeisterin Schöttler (SPD) Überlegungen zur Schließung des Gemeinschaftshauses Lichtenrade anstellte. Die CDU protestierte, unterstützt von unzähligen Menschen, und die Bürgermeisterin musste ihre Pläne verwerfen. Nun kann ein weiterer Erfolg vermeldet werden: Auf Antrag der CDU wird noch in diesem Jahr die Lüftungsanlage repariert und weitere Investitionen in das Gebäude sind geplant. So sollen die renovierungsbedürftigen Sanitäranla-

*von Patrick Liesener, Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg*

gen ebenso wie das Foyer im Eingangsbereich in einen zeitgemäßen Zustand versetzt werden. Außerdem haben die Bezirksverordneten beschlossen, die Technik aufzurüsten und wieder von einem festangestellten Medienwart betreut zu lassen. Insbesondere Vereinen und ehrenamtlich tätigen Organisationen sollen keine Zusatzkosten für die Nutzung der Mikrofonanlage entstehen.

Das Gemeinschaftshaus Lichtenrade bildet das kulturelle und gesellschaft-

liche Herz des Ortsteils. Durch die beschlossenen Maßnahmen soll es wieder zu einem attraktiven Veranstaltungsort werden, damit sich die Besucherinnen und Besucher dort wohl fühlen und der Bezirk auch Einnahmen durch die Vermietung an externe Nutzer erwirtschaften kann. ■



## Mitgliederkonferenz der CDU Tempelhof-Schöneberg

**Samstag, den 10.6.2017 um 10:30 Uhr  
in der Landesgeschäftsstelle der CDU Berlin**

Die Ergebnisse der Berlin-Wahlen waren ein schwerer Schlag für die Berliner CDU. Da gibt es nichts schön zu reden. In seinen Auswirkungen war das Ergebnis dramatisch, das spüren wir auch in Tempelhof-Schöneberg.

Für die CDU Berlin ist jetzt entscheidend, dass wir das verlorene Vertrauen wiedergewinnen. Deshalb halte ich es für enorm wichtig, dass sich die Berliner CDU und auch die CDU in Tempelhof-Schöneberg eine klare Richtung für die nächsten Jahre gibt. Dass wir gemeinsam klären, auf welche Fragen wir in den nächsten zwei Jahren grundsätzliche, präzise und verständliche Antworten

*Florian Graf, Vorsitzender der CDU Tempelhof-Schöneberg*

finden wollen.

Genau deshalb habe ich mich wenige Wochen nach dieser Wahl mit einem Brief an alle Mitglieder gewandt. Mir ist es wichtig, dass jedes Mitglied seine Ideen für die zukünftige Arbeit der CDU einbringen und in diesem Rahmen auch inhaltliche Impulse für den Bundestagswahlkampf setzen kann. Nun habe ich für den 10. Juni alle CDU-Mitglieder in Tempelhof-Schöneberg zur ersten Mitgliederkonferenz eingeladen.

In jeder Niederlage steckt auch eine Chance. Eine Chance, neue Ideen zu entwickeln, um die CDU für die

Berlinerinnen und Berliner attraktiver zu machen. Eine Chance, Bürgerinnen und Bürger dazu zu motivieren, sich in dieser Partei zu engagieren und Impulse, Sachverstand und Ideen einzubringen.

Ich rufe alle CDU-Mitglieder auf teilzunehmen, gemeinsam können und werden wir die Union stärken und wieder erfolgreich machen. Sollten Sie noch kein CDU-Mitglied sein und sich trotzdem einbringen wollen, dann senden Sie Ihre Ideen und Anregungen bitte an unsere Kreisgeschäftsstelle, die Ihnen bei Interesse selbstverständlich auch gern einen Mitgliedsantrag zukommen lässt.

## Wir sind umgezogen!

Die **Kreisgeschäftsstelle der CDU Tempelhof-Schöneberg** und das **Wahlkreisbüro von Dr. Jan-Marco Luczak MdB**

sind in der Kolonnenstraße 4 in 10827 Berlin-Schöneberg zu finden. Ansprechpartnerin ist Frau Gabriele Gaßner, sie ist am Montag, Dienstag und Donnerstag in der Zeit von 9:30 bis 16:00 Uhr persönlich für Sie vor Ort und hält immer aktuelle Informationsmaterialien bereit. Regelmäßig finden Bürgersprechstunden und Veranstaltungen statt.

Die Kreisgeschäftsstelle erreichen Sie per E-Mail, [info@cdu-ts.de](mailto:info@cdu-ts.de), oder telefonisch unter 030 / 751 22 88.

Das Bürgerbüro können Sie per E-Mail, [info@luczak-berlin.de](mailto:info@luczak-berlin.de), oder telefonisch, 030 / 757 042 64, kontaktieren.



Das **Bürgerbüro von Florian Graf MdB**

befindet sich nunmehr in der Tauernallee 4 in 12107 Berlin-Marienfelde. Als Ansprechpartnerin steht Ihnen Frau Ariane Willwerth am Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag in der Zeit von 8:00 bis 14:00 Uhr und am Mittwoch in der Zeit von 8:00 bis 12:00 Uhr zur Verfügung.

Als direkt gewählter Abgeordneter ist Florian Graf regelmäßig vor Ort und für die Bürgerinnen und Bürger ansprechbar.

Bitte vereinbaren Sie per E-Mail, [buero-florian\\_graf@web.de](mailto:buero-florian_graf@web.de), oder telefonisch unter 030 / 74 00 15 90 einen Termin.

**Am 24. Juni von 11:00 bis 14:00 Uhr findet ein Tag der offenen Tür im Bürgerbüro von Florian Graf statt, zu dem Herr Graf recht herzlich einlädt.**

# Frühlingsempfang der CDU-Fraktion

## Bewusstsein für Geschichte und Zukunft des Bezirks schaffen



Das Wetter wurde dem Titel der Veranstaltung nicht gerecht, aber das war an diesem Abend auch der einzige Wermutstropfen. Im Goldenen Saal des Rathauses Schöneberg nutzten rund 200 Vertreterinnen und Vertreter von Vereinen, Organisationen und Wirtschaft die Möglichkeit des Austauschs. Ein Damen-Duo sorgte für exzellente musikalische Umrahmung und auch die inhaltlichen Schwerpunkte wurden von einer starken Frau gesetzt, da die Kulturstaatsministerin und Landesvorsitzende der CDU von André Laurman-Urbanski, CDU Alt-Tempelhof

Berlin, Professor Monika Grütters als Gastrednerin gewonnen werden konnte.

Für Matthias Steuckardt war es der erste Empfang als Vorsitzender der CDU-Fraktion Tempelhof-Schöneberg. In der Begrüßung macht er deutlich, wo er einen Schwerpunkt seiner Arbeit sieht. „Tempelhof-Schöneberg ist ein großartiger Bezirk, geprägt von Geschichte und Geschichten. Als Kommunalpolitiker müssen wir ein Bewusstsein für den Bezirk schaffen. Es gibt jenseits der Kieze, denen sich die Menschen bereits zugehörig fühlen, genügend Gründe, auch auf Tempelhof-Schöneberg als Ganzes stolz zu sein. Vom Flughafen Tempelhof und der Luftbrücke bis hin zur Freiheitsglocke im Rathaus Schöneberg und der Rede von John F. Kennedy auf dem heute nach ihm benannten Platz - keine andere Stadt



Deutschlands steht beispielsweise so für Freiheit wie unser Bezirk“, so Steuckardt. Florian Graf, Kreisvorsitzender und CDU-Fraktionsvorsitzender im Berliner Abgeordnetenhaus griff diesen Gedanken auf und machte deutlich, dass der Bezirk auch wirtschaftlich einiges vorzuweisen habe, worauf man stolz sein könne. So gäbe es neben einem der bedeutendsten Standorte des Produzierenden Gewerbes in Berlin ebenso Leuchttürme der Zukunftstechnologien, wie beispielsweise den EUREF-Campus. ■



## Deutsch-Amerikanisches Volksfest in Mariendorf

Vom 21. Juli bis 13. August wird deutsch-amerikanische Freundschaft im Marienpark gelebt.



„Alles wird dieses Jahr besser, schöner und größer. Mehr als 1000 Mitarbeiter, 100 Aussteller und unzählige Familienbetriebe hängen an diesem traditionellen Event, das fester Bestandteil des Kulturlebens in Berlin ist. Das Deutsch-Amerikanische Volksfest mit seinem Rummel, den Karussells und bunten Buden gehört zu Berlin, wie der Ketchup auf den Hamburger.

von Matthias Steuckardt, kulturpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion

Für viele war und ist es ein Highlight im Sommer“, so der Veranstalter Thilo-Harry Wollenschlaeger bei einer Pressekonferenz.

Volle Unterstützung bekommt Wollenschlaeger vom Geschäftsführer des Marienpark Geländes Tim Kauermann: „Wir sind stolz darauf, dieses traditionsreiche Event wieder in den amerikanischen Sektor zurückzuholen und unterstützen das Vorhaben unsererseits mit voller Überzeugung.“

Um ein authentisches USFeeling zu erschaffen, wurden keine Kosten und Mühen gescheut. Allein die Kulissenstadt hat einen Wert von über einer halben Million Euro. Das spannende und abwechslungsreiche Bühnenprogramm, Thementage, sowie traditionsreiche

und neue Fahrgeschäfte sorgen für einen gelungenen Familienausflug nach „Little America“. Außerdem erwartet die Besucher in diesem Jahr zum ersten Mal ein authentischer Beachclub mit über fünf Tonnen Sand. ■

### Gewinnspiel

Was bedeuten Ihnen die deutsch-amerikanische Freundschaft Schreiben Sie bis zum 1. Juli an die Kreisgeschäftsstelle der CDU Tempelhof-Schöneberg (info@cdu-ts.de, Kolonnenstraße 4 in 10827 Berlin) und gewinnen Sie eins von fünf Überraschungspaketen im Wert von jeweils 50 Euro.

Funktions- und Mandatsträger der CDU Tempelhof-Schöneberg sowie deren Mitarbeiter und Familienangehörige sind von der Verlosung ausgeschlossen.

Gut vorbereitet fühlten sich die Mitglieder des Wahlkampfteams von Jan-Marco Luczak nach einer Veranstaltung zur bevorstehenden Bundestagswahl. Wer selbst unterstützen will, kann sich unter [www.connect17.de](http://www.connect17.de) anmelden.



Bild: © MSt

Bild: © MSt



Einstimmig wurde Markus Klaer (erste Reihe, zweiter von links) zum Landesvorsitzenden der Lesben und Schwulen in der Union wiedergewählt. Klaer und sein Team werden selbstverständlich wieder beim diesjährigen Stadtfest im Regenbogenkiez am 15. und 16. Juli mit einem Infostand vor Ort sein.

Bild: © MSt



Gratulieren konnte der Kreisvorsitzende Horst Kauffmann (links im Bild) dem neugewählten Landesvorsitzenden der Senioren Union, Uwe Schmidt. Schmidt will aktiv daran mitwirken, die Seniorenpolitik noch stärker auf die politische Agenda zu setzen.

Bild: privat



Riesiger Andrang herrschte vor dem MedienPoint Tempelhof in der Werderstraße, als dort der Osterhase zu Gast war. Schirmherrin der Aktion war Petra Dittmeyer, die es sich ebenso wie das Team des MedienPoints zur Aufgabe gemacht hat, Kinder an das Lesen heranzuführen.

Bild: © luczak.berlin.de



Gelebte Nachbarschaft: Die Kleingartenkolonie „Feldblume 1915“ hat einen Lehrgarten für Kinder eröffnet. Jan-Marco Luczak freut sich über die engagierte Gemeinschaft, die das Leben im Kiez bereichert.

## vor Ort

Bild: privat



Gelegenheit zum Austausch jenseits der Fußballfelder hatte Hagen Kliem, sportpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion Tempelhof-Schöneberg, beim Euro-Cup des Lichtenrader BC. Sein Fazit: Gelungene Veranstaltung eines tollen Vereins!

Bild: © Scott Körber



Gut besucht war die erste Bürgersprechstunde im neuen Bürgerbüro von Florian Graf MdB. Der Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern seines Wahlkreises ist ihm ein Herzensanliegen.